

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 2. März 1988

am Donnerstag, dem 3. März 1988

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Andres (SPD)	27, 28	Kastning (SPD)	25, 26
Bachmaier (SPD)	44, 45	Kiehm (SPD)	30, 31
Frau Beer (DIE GRÜNEN)	70, 71	Dr. Klejdzinski (SPD)	10, 11
Bindig (SPD)	5	Kuhlwein (SPD)	54, 65
Frau Blunck (SPD)	52, 53	Dr. Mechtersheimer (DIE GRÜNEN)	68, 69
Conradi (SPD)	63, 64	Müller (Wesseling) (CDU/CSU)	37, 38
Dr. Daniels (Regensburg) (DIE GRÜNEN)	72	Frau Oesterle-Schwerin (DIE GRÜNEN)	46, 47
Diller (SPD)	75, 76	Dr. Penner (SPD)	41, 42
Frau Dr. Dobberthien (SPD)	17, 18	Pfuhl (SPD)	9
Eigen (CDU/CSU)	8, 16	Schemken (CDU/CSU)	19, 20
Engelsberger (CDU/CSU)	48, 49	Frau Simonis (SPD)	50, 51
Erler (SPD)	74	Dr. Sperling (SPD)	66, 67
Eylmann (CDU/CSU)	14, 15	Stahl (Kempen) (SPD)	39, 40
Frau Faße (SPD)	23, 24	Stiegler (SPD)	21, 22
Frau Fuchs (Verl) (SPD)	32	Toetemeyer (SPD)	35, 36
Gansel (SPD)	43	Uldall (CDU/CSU)	56
Gerster (Worms) (SPD)	57	Vahlberg (SPD)	3, 4
Grünbeck (FDP)	62	Verheugen (SPD)	6, 7
Dr. Hauchler (SPD)	77, 78	Weiss (München) (DIE GRÜNEN)	29
Heistermann (SPD)	33	Wetzel (DIE GRÜNEN)	1, 2
Hinsken (CDU/CSU)	60, 61	Frau Würfel (FDP)	12, 13
Dr. Jobst (CDU/CSU)	58, 59	Zumkley (SPD)	34
Jungmann (SPD)	55, 73		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	3
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit.	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr.	6
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen.	7
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	8
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	9
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft.	13
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung.	13

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

1. Abgeordneter
Wetzel
(DIE GRÜNEN)

Auf Grund welcher rechtlicher und politischer Bedenken hat der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Dr. Töpfer, auf einer Pressekonferenz in Hannover am 16. Februar diesen Jahres (laut ap) den Vorwurf gegen die Nuklearindustrie erhoben, daß die bei Handelsgeschäften mit Uran üblichen Manipulationen der Herkunftsangaben den Tatbestand der „Schieberei“ erfüllten?
2. Abgeordneter
Wetzel
(DIE GRÜNEN)

Wie bewertet der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit die von Bundesforschungsminister Dr. Riesenhuber geteilte Auffassung (vgl. Kurzprotokoll des Ausschusses für Forschung und Technologie vom 20. Januar 1988), daß die Fälschung der Herkunftsbezeichnung rechtlich zulässig und für den Kontrollvorgang durch die Euratom unerheblich sei?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung
und Technologie**

3. Abgeordneter
Vahlberg
(SPD)

Welche Verträge und Abmachungen ist die Bundesregierung und ihr nachgeordnete Behörden, Großforschungseinrichtungen etc. mit Pakistan, Indien, Ägypten, Brasilien und Argentinien auf dem Gebiet der Kerntechnik eingegangen, und mit welchen personellen wie sachlichen Aktivitäten sind diese Verträge und Abmachungen ausgefüllt worden?
4. Abgeordneter
Vahlberg
(SPD)

Über welche Kontakte und Aktivitäten der bundesdeutschen Privatwirtschaft zur Unterstützung der Kerntechnik in Pakistan, Indien, Ägypten, Brasilien und Argentinien hat die Bundesregierung Kenntnis?

**Geschäftsbereich des Bundesministers
für wirtschaftliche Zusammenarbeit**

5. Abgeordneter
Bindig
(SPD)

Wie begründet die Bundesregierung ihre Zustimmung zu Entwicklungshilfeleistungen innerhalb der EG für Nicaragua, während sie es gleichzeitig auf bilateraler Ebene ablehnt, Entwicklungshilfe an Nicaragua zu leisten?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers
und des Bundeskanzleramtes**

6. Abgeordneter
Verheugen
(SPD)
- Welche in- oder ausländische öffentliche oder private Stelle oder von einer solchen Stelle beauftragte Agentur war an der Planung, Organisation und Finanzierung des Aufenthaltes der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundeskanzler, Frau Berger, im Februar dieses Jahres in Südafrika und Namibia beteiligt?
7. Abgeordneter
Verheugen
(SPD)
- In welcher Weise hat die Bundesregierung sichergestellt, daß der in südafrikanischen Medien verbreitete Eindruck, die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundeskanzler, Frau Berger, habe in Südafrika offizielle Gespräche geführt, korrigiert wird?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

8. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)
- Auf welche Weise will die Bundesregierung sicherstellen, daß in allen Ländern der Europäischen Gemeinschaft den Landwirten ein Angebot zur Flächenstillegung gemacht wird, das nach der Leistungsfähigkeit der Böden differenziert und so hoch ist, daß die Landwirte dieses Angebot auch annehmen?
9. Abgeordneter
Pfuhl
(SPD)
- Entsprechen Pressemeldungen der Wahrheit, daß die Europäische Kommission ein Verfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland vor dem Europäischen Gerichtshof eingeleitet hat mit dem Ziel, die nationale Förderung des Flachsbaus und seiner Verarbeitung zu unterbinden?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit
und Sozialordnung**

10. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
- Wie steht die Bundesregierung zu der Tatsache, daß ganztätig arbeitende Arbeitnehmer, die die entsprechenden Sozialversicherungsbeiträge gezahlt haben – also auch den entsprechend hohen Beitrag an Arbeitslosenversicherung –, bei Eintritt in die Arbeitslosigkeit nur die Hälfte der ihnen zustehenden Unterstützung – sprich Arbeitslosengeld – erhalten, wenn sie sich dem Arbeitsmarkt nicht mehr ganz-, sondern nur noch halbtätig zur Verfügung stellen können?

11. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
- Hält es die Bundesregierung mit den Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit für vereinbar, daß dieser – insbesondere Frauen benachteiligende – Rechtszustand weiter beibehalten wird?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend,
Familie, Frauen und Gesundheit**

12. Abgeordnete
**Frau
Würfel**
(FDP)
- Mit welchen Substanzen/Medikamenten beschäftigen sich die bisher vom Bundesgesundheitsamt erstellten Transparenzlisten; die der Information des niedergelassenen Arztes dienen sollen, und wie viele dieser Transparenzlisten sind an die Ärzte ausgeliefert worden?
13. Abgeordnete
**Frau
Würfel**
(FDP)
- Ist es zutreffend, daß eine seit Monaten fertiggestellte Transparenzliste an die Ärzte nicht ausgeliefert wird, und wenn ja, warum nicht?
14. Abgeordneter
Eylmann
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung bei der Verabschiedung des Entwurfs einer Verordnung zur Änderung der Nährwert-Kennzeichnungsverordnung und Diätverordnung die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse in Zusammenhang mit der Behandlung des Bluthochdrucks mit neuartigen Medikamenten (insbesondere Alphablocker, Kalziumantagonisten, ACE-Hemmer) herangezogen, und schließt sie dabei aus, daß die als Salzersatz zum Einsatz kommenden Ersatzstoffe schädliche Auswirkungen für Hypertoniker haben?
15. Abgeordneter
Eylmann
(CDU/CSU)
- Wie steht die Bundesregierung zu der Tatsache, daß nahezu identische Vorhaben zur Senkung des Kochsalzverbrauchs in den USA (1982) und in der Schweiz (1984) gescheitert sind?
16. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)
- Aus welchem Grund hat die Bundesregierung dem Bundesrat eine Veränderung der Fleischverordnung zwecks Zulassung von Agar-Agar zu Fleischerzeugnissen zugeleitet, zumal Landwirtschaft, Fleischwirtschaft und Verbraucher das Reinheitsgebot bei Wurst erhalten wollen?
17. Abgeordnete
**Frau
Dr. Dobberthien**
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Umfrageergebnisse in einem Bericht des Bundesministeriums für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, in dem festgestellt wird, daß das Interesse junger Frauen an einem Dienst in der Bundeswehr stetig zurückgegangen ist und daß das Argument der Gleichberechtigung und der Emanzipation zu einer Befürwortung des freiwilligen Dienstes führt, wenngleich die Befragten weiblichen Soldaten ablehnend gegenüber stehen?

- | | |
|---|--|
| 18. Abgeordnete
Frau
Dr. Dobberthien
(SPD) | Ist die Bundesregierung bereit, als Schlußfolgerung aus den Umfrage-Ergebnissen die Pläne zur Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr nicht weiter zu verfolgen? |
|---|--|

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

- | | |
|--|--|
| 19. Abgeordneter
Schemken
(CDU/CSU) | Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen grundlegende Maßnahmen trifft, um die Verkehrsverhältnisse im Ruhrgebiet in West-Ost-Richtung (Stichworte: „Doppelstock – B 1/A 430 oder Sechs-Spurigkeit der Straßen“) zu regeln? |
| 20. Abgeordneter
Schemken
(CDU/CSU) | Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Landesministers von Nordrhein-Westfalen Zöpel auf Verzicht der A 44 als Entlastungs- bzw. als Entwicklungsachse zur Bewältigung der zunehmenden Verkehrsbelastung in den Wohnlandschaften und Innenstädten des Reviers von Essen bis Dortmund? |
| 21. Abgeordneter
Stiegler
(SPD) | Wie ist der Stand der Gespräche zwischen der Bundesregierung und der Regierung der CSSR über die Eröffnung eines Grenzübergangs zwischen Waldsassen und Eger, und was wurde bisher auf bundesdeutscher Seite (Bund und Land Bayern) unternommen, um die Wiedereröffnung dieses Grenzübergangs vorzubereiten und zu betreiben? |
| 22. Abgeordneter
Stiegler
(SPD) | Welche Konzeption verfolgt der Bundesminister für Verkehr hinsichtlich der Wiedereröffnung des Grenzübergangs Waldsassen/Eger (Lastkraftwagen- oder Personenkraftwagen-Verkehr bzw. Deutsche Bundesbahn), und nach welchem Zeitplan sollen die verkehrstechnischen Voraussetzungen für die Wiedereröffnung dieses Grenzüberganges geschaffen werden? |
| 23. Abgeordnete
Frau
Faße
(SPD) | Wann ist mit einer endgültigen Entscheidung für eine Referenzstrecke der Magnetbahn in der Bundesrepublik Deutschland zu rechnen, und welche Kriterien werden zur Entscheidung herangezogen? |
| 24. Abgeordnete
Frau
Faße
(SPD) | Welche Auswirkungen wird diese Referenzstrecke auf die Planungen der Deutschen Bundesbahn und der Lufthansa haben, insbesondere in der möglichen Verbindung von Flughäfen? |

- | | |
|--|---|
| 25. Abgeordneter
Kastning
(SPD) | Wie hat sich die Zahl der Oberbaumaschinen (Gleisstopf-, Weichenstopf- und Gleisverlegungszüge) im Bereich privater Unternehmen im Vergleich zu den Oberbaumaschinen der Deutschen Bundesbahn seit 1980 entwickelt? |
| 26. Abgeordneter
Kastning
(SPD) | Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß der Oberbau der Deutschen Bundesbahn einen weiteren Umbaumaschinensatz benötigt, und sind die dafür notwendigen Investitionen vorgesehen? |
| 27. Abgeordneter
Andres
(SPD) | Wie hat sich die Beschäftigungszahl, aufgeschlüsselt nach Bundesbahndirektionen im Fachbereich Oberbau, in den letzten fünf Jahren entwickelt, und wie sehen mittelfristige Personalplanungen in diesem Bereich aus? |
| 28. Abgeordneter
Andres
(SPD) | Welche Planungen gibt es bei der Deutschen Bundesbahn, die Gleisbauhöfe unternehmerisch neu zu organisieren (Gleisbauhof-Holding), und welche Auswirkungen hat dies auf die Zahl der Gleisbauhöfe oder die im Gleisbau Beschäftigten? |
| 29. Abgeordneter
Weiss
(München)
(DIE GRÜNEN) | Wann wird die Deutsche Bundesbahn den Zugbetrieb auf der Strecke Wuppertal-Elberfeld — Wuppertal-Cronenberg aufnehmen, wie das Bundesbahngesetz es vorschreibt? |
| 30. Abgeordneter
Kiehm
(SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Situation, daß in den Gleisbauhöfen qualifiziertes Personal zu wettbewerbsfähigen Kosten Leistungen erbringen könnte, jedoch der dazu notwendige leistungsfähige Maschinenpark nicht vorhanden ist? |
| 31. Abgeordneter
Kiehm
(SPD) | Besteht die Absicht, in diesem Jahr oder im 1. Halbjahr 1988 für die Deutsche Bundesbahn einen weiteren Umbaumaschinensatz anzuschaffen, und wo wird er stationiert? |

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

- | | |
|--|--|
| 32. Abgeordnete
Frau
Fuchs
(Verl)
(SPD) | Hält die Bundesregierung an ihrem Beschluß fest und dringt sie auf Einhaltung der Übereinkunft mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, daß die chemischen Waffen vom Boden der Bundesrepublik Deutschland entfernt werden, und daß die neuen binären chemischen Kampfstoffe erst im Spannungs- oder |
|--|--|

- Verteidigungsfall und nur mit Zustimmung der Bundesregierung auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland stationiert werden, obwohl der Oberbefehlshaber der NATO in Europa die Beibehaltung der Lagerung von chemischen Kampfstoffen in der Bundesrepublik Deutschland gefordert hat?
33. Abgeordneter
Heistermann
(SPD)
- Ist die Bundesregierung mit dem Bundesminister des Auswärtigen der gleichen Meinung, daß im Rahmen einer kooperativen Sicherheitspolitik qualitative Veränderungen der Struktur von Streitkräften durchgeführt werden müssen, damit es auf keiner Seite die Fähigkeit zur Invasion gibt?
34. Abgeordneter
Zumkley
(SPD)
- Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß die im Zeitalter der Ost und West umfassenden Überlebensgemeinschaft alleine rechtfertigungsfähige kooperative Sicherheitspolitik keine Ausnahme der Bereitschaft zu Rüstungskontrolle duldet – weder konventionellen Waffen und Streitkräften noch bei nuklearen –, sondern im Gegenteil einen breitangelegten Abrüstungsprozeß verlangt?
35. Abgeordneter
Toetemeyer
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussage des Beauftragten des Bundeskanzler in Südafrika, wonach sich dieses Land auf dem Weg einer Reform befindet, unter dem Aspekt des Verbots der politischen Betätigung alle Oppositionsgruppen (z. B. UDF) und der Gewerkschaften?
36. Abgeordneter
Toetemeyer
(SPD)
- In welcher Weise beabsichtigt die Bundesregierung, auf Südafrika einzuwirken, um das Recht freier politischer Betätigung wieder herzustellen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

37. Abgeordneter
Müller
(Wesseling)
(CDU/CSU)
- Wie hoch ist die Zahl der Eheschließungen zwischen deutschen und ausländischen Partnern, und wie ist die Entwicklung in den letzten fünf Jahren zu beurteilen?
38. Abgeordneter
Müller
(Wesseling)
(CDU/CSU)
- Nach welchen Nationalitäten gliedern sich die mit ausländischen Ehepartnern eingegangenen Ehen auf?
39. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die an Häufigkeit zunehmenden Streitigkeiten zwischen Bürgern einerseits und Städten und Gemeinden andererseits bezüglich nicht von den Bürgern zu vertretenden Schäden und Schadensfällen – z. B. durch herabfallende Äste von Bäumen auf Autos

oder Personen – auf Grundstücken der öffentlichen Hand, z. B. Straßen, Parkplätze, die nicht von den Versicherungen der Gemeinden übernommen werden, da sie durch Nachweis ihrer Sorgfaltspflicht nachgekommen sind; wie teuer würde eine Haftung der öffentlichen Hand für derartige Fälle pro Jahr und Steuerzahler kommen?

40. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD)

Wird die Bundesregierung den Städten und Gemeinden empfehlen, derartige Forderungen von Bürgern für nicht von ihnen zu vertretende Schäden auf öffentlichem Gelände durch mehr Kulanz von Seiten der Versicherungen der Städte und Gemeinden zu regeln, bzw. wird die Bundesregierung Städten und Gemeinden den Abschluß von Zusatzversicherungen für derartige Fälle empfehlen?

41. Abgeordneter
Dr. Penner
(SPD)

Wie viele Vorgänge bei den Bundesbehörden sind nach der Geheimschutzordnung als „VS-vertraulich“, „VS-geheim“, „VS-streng geheim“ eingestuft?

42. Abgeordneter
Dr. Penner
(SPD)

Wie viele Mitarbeiter im Dienst von Bundesbehörden sind mit Vorgängen befaßt, die in der angesprochenen Weise eingestuft sind?

43. Abgeordneter
Gansel
(SPD)

Hält die Bundesregierung es für erforderlich, „die im öffentlichen Dienstrecht enthaltenen Grundsätze – für Beamte Artikel 33 Abs. 5 GG und die Vorschriften des Beamtenrechts, für die übrigen Mitarbeiter die entsprechenden tarifrechtlichen Bestimmungen – und ihre Konsequenzen vor allem für die Wahrnehmung ministerieller Aufgaben in ihrem Verhältnis zur Arbeit der politischen Parteien und der Parlamentsfraktionen klarzustellen und zu verdeutlichen“, und wie beurteilt sie im Rahmen der Beamtenrechtsrahmenkompetenz des Bundes einen entsprechenden Beschluß der Landesregierung Schleswig-Holstein?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

44. Abgeordneter
Bachmaier
(SPD)

Aus welchen Gründen verzögert sich die Vorlage der erst für Herbst 1987, dann für Ende 1987, dann für Anfang 1988 angekündigten Vorschläge der nach Sandoz eingesetzten interministeriellen Arbeitsgruppe Umwelthaftungsrecht/Umweltstrafrecht zur Weiterentwicklung dieser Rechtsbereiche, und wie beurteilt die Bundesregierung nach den Vorkommnissen bei Transnuklear und NUKEM die Forderungen des ehemaligen BGH-Präsidenten Gerd Pfeiffer u. a. nach härterer Bestrafung der Umweltkriminalität im Atom- oder Chemiebereich mit Freiheitsstrafen bis zu 15 Jahren?

45. Abgeordneter
Bachmaier
(SPD)
- Wird die Bundesregierung die in letzter Zeit erhobenen Forderungen des ehemaligen BGH-Präsidenten Gerd Pfeiffer und auch des IG-Metall-Vorsitzenden Franz Steinkühler nach höheren Strafen für Umweltdelikte, nach Anzeigepflicht für Gerichte und Behörden, nach strafrechtlicher Verantwortung der Unternehmens-Geschäftsführung für Umweltdelikte und nach Kündigungsschutz für Arbeitnehmer, die Umweltstraftaten anzeigen, aufgreifen, und wenn nicht, warum nicht?
46. Abgeordnete
Frau
Oesterle-Schwerin
(DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung das Urteil des Berliner Landgerichts vom 14. Dezember 1987 bekannt, wonach ein Kind „im noch schulpflichtigen oder gar pubertären Alter von einem homosexuellen Paar erziehen zu lassen“ (taz vom 17. Februar 1988), und hält es die Bundesregierung wegen der zu befürchtenden Konsequenzen dieser Gerichtsentscheidung für die gesellschaftliche Bewertung von Homosexualität und somit für die gesellschaftliche Stellung der Schwulen und Lesben für notwendig, dem durch eine gesetzliche Regelung entgegenzuwirken?
47. Abgeordnete
Frau
Oesterle-Schwerin
(DIE GRÜNEN)
- Wird die Bundesregierung Bestrebungen fördern, die Betreuung von Kindern durch Schwule und Lesben nicht nur auf Problemfälle wie HIV-infizierte Kinder zu beschränken (taz vom 18. Februar 1988)?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

48. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU)
- Welches waren die Gründe für die Entscheidung der Bundesregierung, die Investitionszulage für Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien (Sonne, Wind, Wasser, Biogas) ab 1990 zu streichen, und ist der Bundesregierung bekannt, daß diese umweltfreundlichen Energien im freien Wettbewerb gegenüber anderen und subventionierten Energieträgern, z. B. deutsche Steinkohle bzw. Kernenergie, ohne Investitionsförderung nicht konkurrenzfähig sind und auf absehbare Zeit auch nicht sein können?
49. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU)
- Gibt es bei der Bundesregierung Überlegungen, eine Energiesteuer auf nicht erneuerbare Energien zu erheben mit dem Ziel, die Einführung der regenerativen Energien zu fördern und zu beschleunigen, um so die Umweltbelastung durch fossile Brennstoffe zu vermindern?

50. Abgeordnete
**Frau
Simonis**
(SPD)
- Gibt es Zusagen von seiten der Bundesregierung an die vier norddeutschen Küstenländer, insbesondere Schleswig-Holstein, die Sozialhilfeleistungen durch die Bundesregierung zu übernehmen bzw. dafür einen finanziellen Ausgleich zu schaffen?
51. Abgeordnete
**Frau
Simonis**
(SPD)
- Plant die Bundesregierung für den Fall, daß das Land Niedersachsen einen weiteren Finanzausgleich bzw. andere Finanzhilfen bekommt, auch dem Land Schleswig-Holstein in entsprechender Weise zu helfen?
52. Abgeordnete
**Frau
Blunck**
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Niedersächsische Landesregierung sich nach § 104 a GG um besondere Ausgleichszahlungen beim Bund bemüht hat, und wird die Bundesregierung gegebenenfalls auch anderen strukturschwachen Ländern, insbesondere Schleswig-Holstein, solche Hilfen zukommen lassen?
53. Abgeordnete
**Frau
Blunck**
(SPD)
- In welchem Ausmaß will sich die Bundesregierung an der Finanzierung der vermehrten Sozialhilfeleistungen der finanz- und wirtschaftsschwachen Länder beteiligen, die heute schon mit 4,1 Milliarden DM belastet sind, wenn die geplanten Gewerbesteuerentlastungen durchgeführt werden?
54. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD)
- Um welche besonderen Maßnahmen, die zur Reduzierung der wirtschaftlichen und finanziellen Ungleichgewichte zwischen den Bundesländern ergriffen werden sollen, handelt es sich bei der Zusage des Bundeskanzlers an den Niedersächsischen Ministerpräsidenten?
55. Abgeordneter
Jungmann
(SPD)
- Mit welchem finanziellen Aufwand beabsichtigt die Bundesregierung, die hohe Arbeitslosigkeit in den vier norddeutschen Küstenländern zu bekämpfen, und trifft es zu, daß der Bundeskanzler solche Hilfen nur dem Niedersächsischen Ministerpräsidenten zugesagt hat?
56. Abgeordneter
Uldall
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, im Rahmen der Steuerharmonisierung innerhalb der Europäischen Gemeinschaft (EG) die von den meisten Staaten abweichende Besteuerung der Kapitalerträge in Luxemburg der Praxis in den übrigen EG-Staaten anzugleichen?
57. Abgeordneter
**Gerster
(Worms)**
(SPD)
- Ist die Bundesregierung der Überzeugung, daß die im 21. Finanzplan ausgewiesenen Steigerungsraten für den Verteidigungshaushalt (Einzelplan 14) von je 1,1 v. H. in den Jahren 1989 und 1990 sowie 1,3 v. H. im Jahr 1991 eine Zuwachsobergrenze darstellen, oder ist sie bereit, den Verteidigungshaushalt auch darüber hinaus zu erhöhen?

58. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Einrichtung eines Zoll-Freihafens an der Donau?
59. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU)
- Welche Kriterien im Hinblick auf Wirtschaft, Verkehr und geographische Lage muß ein Zoll-Freihafen erfüllen?
60. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU)
- Wird die von der Bundesregierung anlässlich der Ruhrkonferenz vom 24. Februar 1988 zugesagte Änderung des Zollgesetzes zur Errichtung eines Freihafens in Duisburg auch die aus regionalpolitischer Sicht ebenso notwendige Errichtung eines Freihafens in Deggendorf, für die sich die Bayerische Staatsregierung als Standort entschieden hat, zum Inhalt haben, da in dieser Region die Arbeitslosigkeit ebenfalls weit überdurchschnittlich hoch ist?
61. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU)
- Zu welchem Zeitpunkt ist mit der entsprechenden Änderung des Zollgesetzes zu rechnen, und wird die Errichtung des Freihafens Deggendorf ebenso wie in Duisburg in ausreichendem Umfang von der Bundesregierung gefördert werden?
62. Abgeordneter
Grünbeck
(FDP)
- Trifft ein Bericht des Handelsblattes vom 15./16. Januar 1988 zu, wonach in einem Erlaß des Bundesministeriums der Finanzen vom 16. März 1987 Tatbestände zusammengestellt worden sind, bei deren Vorliegen Gesellschafter-Darlehen als verdeckte Zuführung von Eigenkapital anzusehen sind mit der Folge, daß darauf entfallende Darlehenszinsen als verdeckte Gewinnausschüttung behandelt werden müssen?
63. Abgeordneter
Conradi
(SPD)
- Aus welchen Gründen beabsichtigt die Bundesregierung, in Stuttgart bundeseigene Mietwohnungen zu verkaufen, und ist der Bundesregierung bekannt, daß ein Verkauf mit nachfolgender Umwandlung der Mietwohnungen in Eigentumswohnungen die angespannte Lage am Mietwohnungsmarkt Stuttgart weiter verschärfen wird?
64. Abgeordneter
Conradi
(SPD)
- Gibt es in Stuttgart und Umgebung keine wohnungssuchenden Bediensteten von Bundesbehörden, die an der Anmietung einer bundeseigenen Mietwohnung interessiert wären?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

65. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD) Trifft es zu, daß Leistungen und Hilfen aus dem Bundeshaushalt für den Mittelstandsbereich, wie z. B. Zuschüsse zu Personalkosten für Forschung und Entwicklung im mittelständischen Bereich, überwiegend in strukturstarke und nicht in strukturschwache Gebiete wie den norddeutschen Raum gehen?
66. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) Welche bisher in den letzten Jahren vorgelegten regionalen Umstrukturierungsprogramme haben die Kriterien erfüllt, die das Bundesministerium für Wirtschaft in der Drucksache 11/1709, Seite 16, aufgeführt hat?
67. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) Welche die genannten Kriterien erfüllenden Umstrukturierungsprogramme hat die Bundesregierung bisher erarbeitet und vorgelegt?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

68. Abgeordneter
Dr. Mechttersheimer
(DIE GRÜNEN) Auf Grund offizieller Kräftevergleiche des Bundesministeriums der Verteidigung, in denen der aktuelle Bestand des Waffensystems LANCE in Westeuropa mit 88 Systemen beziffert wird, und veranlaßt durch die jüngsten Darlegungen, nach denen in Westeuropa ca. 1 400 LANCE-Raketen mit konventioneller und ca. 600 LANCE-Raketen mit nuklearer Armierung lagern sollen, die von 88 Startgeräten, davon 76 in der Bundesrepublik Deutschland, abgefeuert werden können, frage ich die Bundesregierung wie viele LANCE-Abschußgestelle, -Raketen und zugehörige atomare und konventionelle Sprengköpfe lagern in Westeuropa, und wie viele LANCE-Abschußgestelle, -Raketen und zugehörige atomare und konventionelle Sprengköpfe lagern in der Bundesrepublik Deutschland?
69. Abgeordneter
Dr. Mechttersheimer
(DIE GRÜNEN) Seit wann ist der Bundesregierung bekannt, daß in Westeuropa bzw. in der Bundesrepublik Deutschland weitaus mehr LANCE-Raketen lagern als offiziell angegeben?
70. Abgeordnete
Frau Beer
(DIE GRÜNEN) Worin bestehen die konkreten Modernisierungs- und Aufstockungspläne der Vereinigten Staaten von Amerika für das Waffensystem LANCE?

71. Abgeordnete
Frau Beer
(DIE GRÜNEN)
- Erfahren die vorhandenen LANCE-Bestände in Westeuropa bzw. der Bundesrepublik Deutschland derzeit technische Modifizierungen wie z. B. Erhöhung von Reichweiten, Zielgenauigkeit, Zuverlässigkeit?
72. Abgeordneter
Dr. Daniels (Regensburg)
(DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß über Jahre hinweg von offiziellen amerikanischen und bundesdeutschen Stellen versichert wurde, daß auf dem Truppenübungsplatz in Grafenwöhr keinerlei Atomraketen stationiert seien, und wie erklärt sie sich die Aussage des Bayerischen Innenministers, der im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des IWF-Abkommens erklärte: „Auch wir ... sind erleichtert, wenn Raketen abgebaut werden, die von Grafenwöhr auf Dresden zielen.“ (siehe „Der neue Tag“, vom 8. Januar 1988)?
73. Abgeordneter
Jungmann
(SPD)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, ob, und wenn ja, mit welchem Auftrag, im Bundesministerium der Verteidigung eine Einsatzgruppe mit dem Titel T 3 F gebildet worden ist?
74. Abgeordneter
Erlor
(SPD)
- Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß die auf der Sitzung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO am 27./28. Oktober 1983 in Montebello beschlossenen Modernisierungen („Verbesserungen“) bei nuklearen Trägersystemen und Gefechtsköpfen unverändert weiterbetrieben werden sollen, oder wird sie, z. B. bei der NATO-Sondersitzung am 2./3. März 1988 dafür eintreten, den Beschluß Montebello dem veränderten Ost-West-Verhältnis anzupassen, um damit einen Anreiz zu schaffen für das Abrüstungsziel einer deutlichen Reduzierung der amerikanischen und sowjetischen Kurzstreckenraketen und nuklearen Gefechtsfeldwaffen?
75. Abgeordneter
Diller
(SPD)
- Warum entwickelt die Bundeswehr seit über 25 Jahren einen Geräteverbund zur Messung von Vertikalprofilen von Temperatur, Feuchte und Wind in der Atmosphäre mit der Kurzbezeichnung ATMAS, gibt dafür mehr als 3 Millionen DM aus, wo doch andere NATO-Partner (z. B. Norwegen) ein finnisches System benutzen, das exakt den Bundeswehrranforderungen genügt?
76. Abgeordneter
Diller
(SPD)
- Warum beschafft die Bundeswehr für das Amt für Wehrgeophysik ein Personalcomputersystem zur Entwicklung eines Datenverarbeitungssystems für die geophysikalische Beratung auf den Flugplätzen, obwohl noch keine Leistungsbeschreibung für dieses Gerät vorliegt und damit eine Geräteauswahl heute unmöglich ist und auf einem großen Datenverarbeitungssystem des Amtes genügend freie Kapazität für diese Entwicklung zur Verfügung steht?

77. Abgeordneter
Dr. Hauchler
(SPD)

Welche Initiativen bezüglich einer Revision des Soltau-Lüneburg-Abkommens wurden ergriffen, insbesondere mit dem Ziel, die Übungsgebiete einzugrenzen, und welche für die Naturschutzgebiete zuständige Stelle erhält von den Briten jedes Jahr angeblich beträchtliche Summen für entstandene Schäden?

78. Abgeordneter
Dr. Hauchler
(SPD)

In welchen englischen Nationalparks üben Einheiten deutscher Truppen, und ist geplant, diese Übungen in den Nationalparks fortzuführen?

Bonn, den 26. Februar 1988

